

# Volkszeitung

für die Kreise Oels, Groß-Bartenberg, Bernstadt, Ramslau.

Anzeigenpreis: 2 Pfennige für 10 Zeilen aus 5000...  
Anzeige 1.50 Pf., Stellenangebots, Familienanzeigen, Stellenangebots, Verleumdungs- und Abmündungs-Anzeigen 0.20 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vorm. 11 Uhr (2 Tage vorher) in der Expedition abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
Geschäftsstelle: Oels, Marienstraße 1 bei Kalkofe, Telefon 330.

Bezugspreis: Die „Volkzeitung“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch den Postboten...  
Bezugspreis: 1.50 Pf., monatlich 4.50 Pf., vierteljährlich 12.50 Pf. (einschl. Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 12.50 Pf., (ohne Postgebühren), frei ins Haus durch die Post monatlich 6.70 Pf., vierteljährlich 19.50 Pf.

## Bürgerblock oder alte Koalition?

### Von den deutschen Gegenorschlägen

wird von der Entente sie gefordert, daß man sie prüfen werde, wenn sie Verbesserungen der Zahlungsweise vorschlagen, daß sie aber einstimmige Ablehnung finden, sobald sie die Höhe der Schuldsumme irgend wie ändern wollten. Die Meldungen französischer Blätter, daß Deutschland 120 bis 150 Milliarden Goldmark anbieten werde, werden im Zusammenhang mit der vorstehenden Betrachtung grundweg abgelehnt. Auch unseres Erachtens bedürfen diese Zahlen keiner Erörterung, da sie auf leeren Kombinationen beruhen; denn bisher ist über die deutschen Gegenorschläge nur so viel bekannt, daß sie den deutschen Willen bezeugen, durch Arbeit alles menschenmögliche zu tun, um zu einer Verständigung zu gelangen.

Nach weiteren Pressemeldungen zu urteilen, ist ein gewisser Optimismus insofern berechtigt, als sich jetzt auch die schlimmsten französischen Nationalisten damit einverstanden erklären, daß Deutschland seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen durch Entsendung deutscher Arbeiter nach Nordfrankreich nachkommt. Wie weit dieser Optimismus jedoch berechtigt ist, wird erst die Zukunft beweisen. Auf die Unstimmigkeiten innerhalb der Entente bezüglich des Anteiles an der Reparation große Hoffnungen zu setzen, ist zwecklos.

Inzwischen ist Simons in London eingetroffen und er wird das Möglichste versuchen, um eine Verständigung zu erlangen. Will sich die Entente nicht mit diesem äußersten zurückergeben, dann mag sie für die Zukunft die Verantwortung tragen, auch für ihre vertragswidrigen Schritte.

### Der Kampf um Georgien.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Entgegen der Savas-Meldung, daß Tiflis von roten Truppen besetzt worden ist, meldet dem „Vorwärts“ ein eigener Drahtbericht aus Tiflis den Zusammenbruch der bolschewistischen Truppen. Dieser Zusammenbruch soll einen Ausfall in Armenien zur Folge gehabt haben, der das Ende der armenischen Sowjet-Regierung herbeiführt hat. Dem gleichen Bericht zufolge, ist die alte Regierung der armenischen Nationalversammlung wieder in ihre Rechte gesetzt worden.

### Die Verhandlungen der Wiener Sozialistenkonferenz

sind gestern nach Referaten von Friedrich Adler, Ledebour und Wallhead und einer zum Teil sehr heftigen Aussprache geschlossen worden. Wir kommen auf den Verlauf der Tagung noch kurz zurück.

### Krafft über seine Mission in Berlin und London.

(Eigener Drahtbericht.)

Riga, 26. Februar. Vor seiner Abreise aus Riga hat Krafft einem Vertreter der „Rigaschen Rundschau“ mitgeteilt, daß an den letzten Moskauer Wirtschaftskonferenzen sämtliche russische Handelsvertreter im Ausland teilgenommen haben, darunter Kopp, Ganezh-Fürstberg, Borowstky, Mariens, Litwinow und Gulowski. Auf diesen Konferenzen wurden die Richtlinien für die im Frühjahr bevorstehende Wiederaufnahme des russischen Außenhandels festgelegt; insbesondere wurde ein detaillierter Import- und Exportplan ausgearbeitet. Ueber seine Absichten in Berlin erklärte Krafft, daß der Zweck seines voraussichtlich kurzen Aufenthalts in Deutschland Verhandlungen über aus Deutschland zu beziehende Waren sein werden. Es werden mit Deutschland fortlaufend Verhandlungen geführt, der Abschluß eines Handelsvertrages ist für die nächste Zeit jedoch noch nicht ins Auge gefaßt. Nach London kehrt Krafft mit neuen Vollmachten zurück, die ihn ermächtigen, nach eigenem Gutdünken den Vertrag mit England abzuschließen. Es bestünden zwar noch verschiedene Schwierigkeiten, die aber, wie Krafft hofft, durch gegenseitige Zugeständnisse beseitigt werden können. Der russisch-englische Handel wird nicht nur aus schließlich über Liban, sondern auch über Kewal und Petersburg geleitet werden.

### Die Einwanderung in Palästina.

Im Jahre 1920 fand in Palästina 10 000 Juden einwanderer. Von diesen landeten 5500 in Jaffa, 1800 in Haifa, 500 in Beirut, und 1500 kamen mit der Eisenbahn über Kantara. In diesen Ziffern sind 3000 palästinensische Rückwanderer eingeschlossen. Von den 7000 Neu-Zuwanderern kamen 3000 über Konstantinopel aus der Ukraine, Krim, Kaukasus, Armenien und Persien, und 3500 kamen über Lettland aus Litauen, Polen, Galizien und Deutschland, 500 aus dem übrigen Europa und Amerika. Unter den 10 000 Einwanderern befanden sich 1200 Familien mit 5500 Frauen und 4500 Einzelpersonen. Die durchschnittliche monatliche Einwanderung in Palästina beträgt zurzeit 1000 Personen. Der Chef des Einwanderungs-Departements der jüdischen Kommission erwartet während der nächsten 12 Monate etwa 15 bis 20 000 Einwanderer.

### Notse für die Deutsche Volkspartei.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Im 8 Uhr-Abendblatt, das sich in letzter Zeit auffallend um die Mitarbeit führender Sozialisten bemüht, veröffentlicht Notse einen Leitartikel über „die Regierung Breußens“. Er tritt mit seiner gewohnten Entschiedenheit und Freimütigkeit für den Block von Stresemann bis Scheidemann so wohl im Reich, wie in Preußen ein. Notse befürchtet, daß unsere Ausschließung in Preußen uns auf verschiedenen Gebieten der Verwaltung, der Schule und der Justiz großen Schaden zufügen müsse, da er nicht zu glauben scheint, daß die Fortführung der bisherigen Koalition in Preußen möglich sei; — verweist an dem guten Willen des Zentrums — kommt er zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie eine Regierung auch mit der Deutschen Volkspartei hätte machen müssen, um großen Schaden zu verhindern. Notse erwähnt selbst, daß er keine rein persönlichen Ansichten vertritt. Wir glauben, dies noch besonders unterstreichen zu müssen. Notse gehört zurzeit weder dem Reichstage, noch dem preussischen Landtage, noch irgend einer anderen Parteinstanz an, und läßt infolgedessen auf die demnächst bevorstehenden Entscheidungen keinerlei Einfluß aus. Im übrigen muß bemerkt werden, daß die verschiedensten Parteioptionen des Reiches sich überhaupt gegen eine Koalition mit der Volkspartei ausgesprochen haben. Es muß sonderbar anmuten, daß Notse diesen Standpunkt öffentlich vertritt, obwohl bis heute noch keine Organisation sich dieser Meinung angeschlossen hat.

### Dr. Franz Diederich gestorben.

Am Sonntag starb nach längerer Krankheit der leitende Feuilleton-Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Dr. Franz Diederich, im Alter von 58 Jahren. Mit Dr. Diederich ist einer der feinsten Köpfe und eines der wärmsten Herzen unter den Mitarbeitern unserer Parteipresse aus dem Leben geschieden. Gebürtiger Hannoveraner, war er längere Zeit auch als politischer Redakteur tätig und hat die Parteiblätter in Bremen und Dortmund geleitet. Nebenher immer in der volkstümlichen Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis und dichterisch tätig, wandte er sich dann seit einer Reihe von Jahren dem bildenden Teil der Parteipresse zu, den er zunächst am Dresdener Parteiblatt leitete, während er gleichzeitig auch Mitarbeiter des „Vorwärts“ war. Seit 1913 leitete er den bildenden Teil des „Vorwärts“. Auch die Arbeit des Zentralbildungsausschusses und die Arbeiterjugendbewegung hatten an Dr. Diederich einen feinsinnigen und liebevollen Förderer.

### Sachsen gegen die Orgesch.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der sächsische Minister des Innern Lipinski hat an sämtliche Staatsbeamten die Order herausgegeben, daß ihre Zugehörigkeit zu einem Orgeschverband unzulässig sei. Lipinski verbietet jeden Beitritt zu einer Orgesch-Organisation und beauftragt, gegen deutsche Beamte, die jetzt noch der Orgesch angehören, disziplinarisch vorzugehen.

### Süddeutsche Ministerkonferenz.

Stuttgart, 28. Februar. Amlich wird mitgeteilt: Heute trafen die Minister von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg in Stuttgart zusammen, um über schwebende politische Fragen zu beraten.

### Bertagung aller Termine gegen Oberschlesien

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Der Justizminister erläßt jedoch eine allgemeine Verfügung über die Abhaltung von Terminen während der Abstimmlung in Oberschlesien, die von allgemeinem Interesse sein dürfte. Sie lautet: „An der Abstimmung werden sich zahlreich außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnhafte Oberschlesier beteiligen. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß die Gerichte mit der geplanten Teilnahme an der Abstimmung begründeten Bertagung und Befreiungsgeheusche von Parteitankegungen, Zeugen und Sachverständigen, sowie Schöffen und Geschworenen im weitesten Umfang entgegenkommen werden. Wegen Beurlaubung von Beamten und Lohnangehörigen bringe ich mein Ersuchen vom 28. August und 2. Dezember 1919, sowie vom 20. Januar 1920 erneut in Erinnerung.“

### Die Gewerkschaftszerstörer.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Am vergangenen Samstag tagte im mitteldeutschen Braunkohlengebiet eine Konferenz, die die künftige Praxis der Gewerkschaften in diesem Gebiet bestimmen sollte. Eingeleitet wurde die kommunistische Gewerkschaftspraxis besprochen und zu der Frage Stellung genommen, ob diese oder die Taktik des A. S. P. in Zukunft richtungsgewand sein soll. Mit 170 gegen 15 Stimmen wurde in Halle, das sonst die Kommunisten als ihre Hochburg bezeichnen, beschlossen, nicht an der kommunistischen Reorganisation teilzunehmen, sondern für die Zukunft die Richtlinien des A. S. P. weiterhin zu befolgen. Zu gleicher Zeit tagte in Halle auch eine Konferenz der kommunistischen Reorganisation für das mitteldeutsche Braunkohlengebiet. Könen, der Begründer der Zentralstelle der kommunistischen Reorganisation in Halle referierte in dieser Konferenz, deren Aufgabe war, neue Richtlinien für die Eroberung der Gewerkschaften festzusetzen. Könen äußerte hierbei u. a., daß die meisten Mitglieder der kommunistischen Partei nur Papierkolonnen seien, die man nicht zur Eroberung der Gewerkschaften gebrauchen könne. Wie immer, endete auch diese Versammlung mit dem Beschluß, alle Mittel anzuwenden, um in den Besitz der Gewerkschaften zu gelangen.

### Entweder — oder!

Heute in acht Tagen tritt die sozialdemokratische Fraktion des neugewählten Landtags zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Da erst am 10. März der Landtag selbst seine erste Sitzung halten wird, dürften auch die übrigen Fraktionen kaum vor Anfang der nächsten Woche versammelt sein.

Diese technisch erforderliche lange Frist zwischen dem Wahltag und dem Zusammentritt der neugewählten Abgeordneten wird nun von einigen politischen Schleihhändlern im Lager mehrerer bürgerlicher Parteien mit einem eigenartigen Hokusfokus ausgefüllt. Täglich erscheinen Meldungen, an diese Meldungen anknüpfend Leitartikel, und als Auszüge aus diesen wieder neue Meldungen, in denen das Wahlergebnis verdunkelt wird und an Stelle der klaren Entscheidung der Wählermehrheit eine unklare Bußt von Kombinationen geschoben wird. Der Zweck dieser Versuche ist teils die völlige Ausschaltung der Sozialdemokratie, teils die Herabdrückung ihrer Rolle in der preussischen Regierung zu einer bloßen Dekoration. Einig ist man sich unter allen Beteiligten dieses politischen Schiebergeschäftes bisher nur darüber, daß jedenfalls der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen und die Mehrheit, die die bisherige preussische Regierungskoalition erhielt, entgegen allen demokratischen Grundsätzen bei der Regierungsabildung nicht berücksichtigt werden dürfen.

Die völlige Ausschaltung der Sozialdemokratie wünschen deutsche nationale Stimmen in der „Deutschen Tageszeitung“ und in der „Schlesischen Zig.“ Es ist schwer zu beurteilen, ob dahinter die ganze deutsche nationale Partei steht, oder etwa nur Bruchstücke von ihr. In dieser Partei sind ja sehr verschiedene Tendenzen vereinigt: rechtsputschistische Verschwörungsmethoden, die eine neue Kappistenregierung anstreben, stehen dort im Wettkampf mit Bestrebungen, einen Bürgerblock unter deutschnationaler Führung mit ganz oder halb legalen Mitteln zur Herrschaft zu bringen.

Vor der Wahl lagen sich beide Richtungen bekannlich in den Haaren: wer den von der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Dokumenten dieses Parteifrachs nicht glaubt, konnte nach der Wahl in der „Schlesischen Tagespost“ „von hochgeschätzter Seite“ die Bestätigung lesen, daß eine Richtung — wohl die rechtsradikale — diesmal, Gott sei Dank, vor der Wahl der anderen — der gemäßigten — schließlich nachgegeben und damit den Sieg über die Deutsche Volkspartei gerettet habe. Jetzt herrscht anscheinend Einmütigkeit für einen Versuch mit dem Bürgerblock. In einem solchen Block würden naturgemäß nur die am weitesten rechts stehenden Elemente des Zentrums und der Demokraten eine Rolle spielen; Orgesch und Volkstumler würden den Karren schon nach rechts drücken, zumal bei unausbleiblichen Konflikten mit der Arbeiterschaft. In kurzer Zeit wären die härtesten Gewaltmethoden oben auf.

Freilich würde es nicht viel länger dauern, bis diese Methoden auch wieder unten durch wären. Gegen die Arbeiterschaft läßt sich aus wirtschaftlichen Gründen heute in Deutschland nur in überwiegend agrarischen Gebieten, wie Bayern, regieren, wo außerdem noch immer die Erinnerung an die Räterepublik der Levien, Toller und Egghofer nachhüllt. Die für einen preussischen Kabinetsbeschlüssen Gewaltmethoden würden schon aus außenpolitischen Gründen nicht lange vorhalten.

Die Loslösungswünsche von Preußen würden rascher wirksam werden, als selbst wir es wünschen, die wir grundsätzlich Anhänger einer Neugliederung des Reiches und der Zusammenlegung der heute noch nebeneinander herlaufenden Zentralbehörden Preußens und des Reiches sind. Denn das ist ja auch einer der Verdunklungsversuche gegenüber dem Wahlergebnis, daß angeblich die Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Reiches, die den historischen Bestand des hochentwickeltesten Preußens nicht schonen wollen, eine Niederlage erlitten hätten. Tatsächlich haben die wenigen Sonderwählerpartien Stimmenrückgang, die die Neugliederung des Reiches für ihre Sonderzwecke anbehalten wollen: die Welfen in Hannover, die Separatisten am Rhein. Das rheinische Zentrum aber unter Führung des Haupt für die Neugliederung eintritt.



Lauscher, der nur warten will, bis die Franzosenbesetzung und damit die Gefahr einer Losreißung des Rheinlandes vom Reich keine Rolle mehr spielt, hat sehr starken Stimmzuwachs, anscheinend auch aus Arbeiterkreisen, erhalten. Und der schließlichen Sozialdemokratie sind zwar die Worte ihres Führers Paul Lobe gegen das hohenzollernsche Preußen und für die Einheit des Reichs unter Neugliederung der Bundesstaaten vom ersten bis zum letzten Tage des Wahlkampfes von deutschnationaler Seite vorgehalten worden. Geschadet haben sie ihr nicht in geringem Maße; unsere Partei hat vielmehr in Schlesien ganz besonders gut abgeschnitten.

Der Ruf „Los von Preußen“ würde neue Kraft im Rheinland und in anderen Provinzen, besonders auch bei uns in Schlesien erlangen, wenn in Preußen wieder Herr Hertl wilschminischer Angedenkens etwa das Polizeiministerium des Innern regieren würde. Vor allem aber würde keine andere Regierungszusammensetzung in Preußen der Sozialdemokratie sowie Wasser auf die Mühlen spülen, als ein Bürgerblock unter Einschluß der Deutschnationalen. Große Teile der demokratischen und der Zentrumswähler würden sich auszuwenden; die Arbeitererschaft wäre gegenüber einer solchen Einigung des Bürgertums auch ihrerseits einig. Kurz, die bürgerliche Herrlichkeit wäre in Preußen sicher von kurzer Dauer.

Daher versuchten die klügeren Rechtsstieber auch einen anderen Weg zur Ausschaltung des sozialdemokratischen Einflusses. Sie empfahlen Erweiterung der alten Koalition durch die Volkspartei, ohne daß wir Sozialdemokraten ganz herausgeworfen werden sollen. Dann können wir nicht Opposition machen und haben doch nichts zu sagen! Volkspartei, Zentrum und Demokraten haben zusammen über 160 Abgeordnete gegen etwa 115 Sozialdemokraten; innerhalb dieser Koalition wärt also die bisherige Partei der Bürgerlichen und Sozialisten mit je 4 Ministern auf die Sozialdemokraten müßten, so läßt der Volksparteiabgeordnete Dr. Marek uns freundlich zum Bündnis ein, Landwirtschaft, Kultus und Inneres freigegeben.

Wirklich, je kleiner eine Partei wird, desto voller nimmt sie den Mund. Das verstehen auch gewisse Demokratenhauptlinge zurzeit wieder einmal zu beweisen. Auf dem letzten Demokratentag erklärte Herr Koch: noch seien die Demokraten mit der Volkspartei nicht verheiratet. Eine Vermählungsanzeige ist uns zwar inzwischen auch nicht zugegangen; aber das Herzensverhältnis der beiden Parteien ist durch die „Homogenität“ der Herren Koch und Götler, Heintze und Kaumer in der Reichsregierung anscheinend doch schon bis zu unerlaubten Beziehungen fortgeschritten. Herr Schiffer von den Demokraten (früher befaßlich rechtsstehender Nationalliberaler) erklärt jedenfalls verblümt in seinem Sonntagartikel, nur mit der Volkspartei leben oder sterben zu wollen. Er versucht uns mit tausend Kunststücken zu fangen. Der Schrei nach der „Homogenität“ der Reichs- und Preußenregierung, d. h. die Drohung, daß die Volkspartei sonst nach London aus der Reichsregierung austritt und uns die leeren Getreidepeicher und die hohen Londoner Forderungen hinterläßt, ist schon bekannt. Die Erfüllung dieser Drohung würde ein solches Maß von Verantwortungslosigkeit der Volkspartei beweisen, daß sie genügen würde, um die Volkspartei ein für allemal vor den Wählern zu erledigen. Wir nehmen sie daher nicht sehr ernst. Der nationalliberale Demokratenhauptling lockt dabei auch gleich mit einem anderen Gedanken: er will die Wahl des Reichspräsidenten mit in diese Verhandlungen hineinziehen. Will er etwa einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten mit Volksparteistimmen durchbringen? Die Volksparteiwähler würden diesen Wechsel ihrer Parteiführer wohl kaum einlassen,

sondern für den General oder Admiral stimmen, den die Deutschnationalen im Hintergrund hatten, damit er den Ruf seiner Niederlagen von dem äußeren Feind durch Siege über den inneren wettmachen kann. Und für uns wäre es trotzdem die schlimmste Kompromittierung eines sozialdemokratischen Präsidenschaftskandidaten, von Volksparteiführern empfohlen werden zu sein.

Das alles zeigt, daß unsere Partei unter schärfstem Druck gesetzt werden soll, um auf die Früchte ihres Stimmzuwachses zu verzichten, um durch Nachgiebigkeit unsererseits die Vorteile der Volkspartei und der Demokraten auszugleichen. Bei der Wahl haben die Wähler dem „Aus nach rechts“ innerhalb des Bürgertums den Ruf zur Sozialdemokratie innerhalb der Arbeitererschaft entgegengesetzt, und dadurch die Sozialdemokratie zur stärksten Partei, die alte Koalition wieder zur Minderheitsgruppe gemacht. Jetzt versuchen dieselben Kreise, die schon durch ihren Geldsack den Wahlkampf zu verwickeln suchten, die Folgerung aus dem Wahlergebnis zu verdunkeln, indem sie die Demokraten an die Volkspartei binden und der demokratischen Partei jedes selbständige Verhandeln mit Zentrum und Sozialdemokratie verbieten.

Es wird Sache der anständigen Demokraten sein, zu zeigen, ob dieser Befehl ihrer Geldgeber sie wirklich alsamt in die Zwangsgasse mit der Volkspartei hineintreibt.

Wir Sozialdemokraten sind durch die Stärke unserer Landtagsfraktion und die Kraft unserer Partei im Lande in der glücklichen Lage, alle die kleinen Trübs der Volksparteilichen und rechtsdemokratischen Hampfumänner belustigt mitanzusehen, ohne uns im geringsten dadurch imponieren zu lassen. In dem Augenblick, in dem wir uns weigern, den „Aus nach rechts“ mitzumachen und entgegen allen Verbundlungsversuchen nur die eindeutige Entscheidung der Wähler durchzuführen, das heißt die neubestehende alte Koalition, in demselben Augenblick ist den schamantischen Bürgern ihr Versuch, die Volkspartei in unsere Gesellschaft einzuschmuggeln, zerstört. Entweder gehen die Demokraten dann mit uns und dem Zentrum in die alte Koalition und nehmen es hin, daß in Preußen die Verteilung der Regierungsgänge ein Ueberstimmen der sozialistischen Minister unmöglich macht und Vertändigung zwischen Bürgerlichen und Sozialisten in Streitfällen zur Notwendigkeit macht, oder sie machen den Versuch mit den Deutschnationalen, dessen voraussetzliches Schicksal wir geschildert haben.

Wir wünschen nicht, daß dieser letzte Versuch, der unnötig schwere innere Kämpfe mit sich bringen muß, erst gemacht wird, aber wir haben ihn als Partei nicht zu fürchten. Wir warnen die Demokraten davor. Das klüger geführte und durch seine Stärke mehr selbständigere Zentrum brauchen wir anscheinend nicht erst zu warnen: Herr Porich hat das freundliche Angebot des Ministerpräsidenten, das ihm als dem Führer der mandatarischen bürgerlichen Partei in einem reinem Bürgerkabinett zufiele, schon ganz kategorisch in der „Schlesischen Volkszeitung“ ablehnen lassen und auch den deutschnationalen Köder der Befehlung des Kultusministeriums mit einem Zentrumsmann ausdrücklich abgewiesen. Er weiß, daß die Wiederherstellung der alten Koalition schwere Klassenkämpfe erparat, die seinen Freund Stegerwald kaum auf der Seite des Bürgertums halten könnten. Er weiß auch, daß in der alten Koalition das Zentrum infolge der Schwächung der Demokraten eine größere Rolle spielen würde als bisher.

So werden die Rechtsdemokraten ihren Auftraggebern vom Bürgerblock wohl berichten müssen, daß diesmal nichts zu machen ist. Wenn unsere Partei festbleibt, können sie den Auftrag ihrer Geldgeber schlechterdings nicht ausführen. Sie mögen sich mit ausgiebiger Schimpferei auf die böse Sozialdemokratie, die den Ruf nach rechts nicht gemerkt hat und daher auch nicht

mitmachen will, entschuldigen. Aber so schwer es ihnen fällt: Harde Befehle werden sie müssen: entweder sie gehen mit den Deutschnationalen und der Volkspartei oder sie gehen mit uns und dem Zentrum, dann aber ohne die Volkspartei. Die „Homogenität“ der preussischen mit der Reichsregierung mag wünschenswert sein; wir behalten uns vor, sie noch einmal auf anderem Wege herzustellen: durch Aenderung der Reichsregierung. Aber das muß nicht in diesem von St. Hermes schlecht geseegneten Erntejahr sein, da es ja auch bisher anders ging. Einkreisen wollen wir dafür sorgen, daß die preussische Regierung in sich homogen ist. — m.

## Das Entwaffnungsgesetz im Reichstag.

Berlin, 28. Februar. Am Regierungstisch: Koch, Entwaffnungskommissar Dr. Peters.

Hg. Goldmann (N. S.): Wir sehen, daß die bayerische Regierung nicht die Kraft aufbringt, das Entwaffnungsgesetz durchzuführen. In Bayern werden die rechtssozialistischen Arbeiter losgelassen, um reaktionäre Elemente zu bewaffnen. Nach einem Rundschreiben der Orgel sollen in ganz Bayern noch 300 000 Gewehre sein. Die Zahl der Maschinengewehre sei nicht genau bekannt. Unser Antrag auf Aufhebung der bayerischen Einwohnerwehr muß im Reichstag Annahme finden, weil diese Organisationsden gefährlichsten innen- und außenpolitischen Konfliktstoff abgibt.

Minister des Innern Koch gibt namens der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Reichsregierung hat die Entwaffnung in einem Umfange und einer Schnelligkeit durchgeführt, die niemand für möglich gehalten hätte. (Große Unruhe links.) Sie wird die Durchführung des Gesetzes innerhalb der gestellten Fristen zu bewerkstelligen wissen. Das gilt auch für Bayern. (Woh, hört! hört!) Die Reichsregierung hält sich unbefangenen um irgend welche Verkürzungen an die Erklärung der bayerischen Regierung, nach der sie die letzte Entscheidung der Reichsregierung zugeht. (Erneute große Unruhe links. Gegenrufe rechts: Ruhe!) Dem Reichstag wird bis zum 15. März ein Gesetz über die dem Friedensvertrag widersprechenden Organisationen zugehen. Am Vorabend der Konferenz von London will die Reichsregierung eingehende Darlegungen vermeiden.

Hg. Vogel (Soz.):

Wie wir jederzeit dem Entwaffnungsgesetz zugestimmt haben, so tun wir dies auch bei dem vorliegenden Entwurf auf Verlängerung dieses Gesetzes. Wir halten es für unsere Pflicht, mit aller Offenheit auszusprechen, wie die Dinge liegen. Vor allem gilt es, daran festzuhalten, daß die Pariser Entwaffnungsbestimmungen für uns bindend sind. In London werden sie wahrheitsgemäß nicht mehr diskutiert werden. Darüber sind sich alle Parteien und auch die Regierung einig. Nicht so die bayerische Regierung, und mit ihr die Bayerische Volkspartei. Der Notenwechsel zwischen Berlin und München in dieser Frage ist auf Wunsch der bayerischen Regierung geheim gehalten worden. Die letzte Antwort der bayerischen Regierung soll so gehalten sein, daß sich die Reichsleitung schäme, sie von sich aus zu veröffentlichen. Gegen diese Geheimdiplomatie erheben wir entschiedenen Einspruch. Trotz der Geheimhaltung der Antwort ist es offenes Geheimnis, daß die bayerische Regierung die Entwaffnung der Einwohnerwehren und die Auflösung der Selbstschutzorganisationen von sich aus ablehnt. Die bayerische Regierung beschränkt sich nicht allein auf diese Passivität. Ihr Gesamtverhalten ist eine direkte Aufmunterung für jene Kreise, die der Entwaffnung aktiven Widerstand entgegenzusetzen wollen. Wir Sozialdemokraten haben schon bei der Beratung des Entwaffnungsgesetzes die Reichsleitung zu einer Erklärung gedrängt, daß dieses Gesetz auch für Bayern gelten müßte. Der Entwaffnungskommissar Dr. Peters hat diese Erklärung auch im Reichstage abgegeben, und dabei betont, daß auch der bayerische Ministerpräsident der Ansicht sei, daß das Ziel der Entwaffnung erreicht werden müßte. (Hört! hört! bei den Soz.) Anzwischen hat es sich gezeigt, wie wenig Gewicht auf das Wort des bayerischen Ministerpräsidenten zu legen ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Seinem Verhalten die Krone aufgesetzt, hat Herr Koch mit dem Begrüßungstelegramm und der Sympathieerklärung, die er durch Herrn Fischer jener Protektionen der Einwohnerwehr in Kempen am 26. Februar übermitteln ließ. In dieser Kundgebung hat Fischer gesagt, daß die bayerische Einwohnerwehr Hunderttausende von entschlossenen Männern umfasse, die selbst der Gewalt nicht weichen würden. Bestimmte einflussreiche Kreise Bayerns scheinen bei ihrem Widerstand in einem gewissen Einverständnis mit der Entente zu handeln. (Hört! hört! links.) Das Ziel dieser Kreise ist die Wiederaufrichtung der Monarchie unter Einschluß Deutsch-Oesterreichs und als Kaufpreis dafür erscheint ihnen auch die Losreißung Bayerns vom Reich nicht zu groß. Trotzdem Kommunisten und Deutschnationalen in Bayern Hand in Hand gehen, die Kommunisten unter

## Kleider machen Leute.

Eine Schwäbler Geschichte von Gottfried Keller.

So fuhr denn der Goldbacher Schützengang gegen die Müllergasse unter Schellenkang, Posthornbläsern und Peitschenführer durch die Straßen der Stadt, daß die Stadtbürger der alten Häuser erkannt herabstiegen, und zum Tore hinaus. In einem polnischen Heberhof von gutem Gemut, mit Schürzen besetzt und köpft mit Hals verkrämmt und gestützt. Achter war ganz in weißes Pelzwerk gehüllt; blonde Schleiter trugen ihr Gesicht gegen die trübe Luft und gegen den Schmutz. Der Amtsrat war durch irgendein plötzliches Ereignis verhindert worden, mitzuführen; doch war es kein Scherz und kein Schlitzen, in welchem sie fuhren, ein verpacktes Frauenbild als Schlitzenleiter vor sich, die Fortuna vorstellend; denn die Stadtbewohner des Amtes waren sich zur Fortuna.

genommenheit seiner Seele keinen bestimmten Anstoß vergrößerte solenne Figur erpor, die Göttin Fortuna vorstellend, welche in den Reihen hinauszutreten schien. Es war eine riesenhafte Strohpuppe voll kimmernder Älterergoltes, deren Segenswörter in der Luft flatterten. Auf dem zweiten Geschte aber fuhr ein ebenfalls riesenhafter Jüngling einher, schwarz und düster als Fledermaus und mit gekrümmten Hörnern der Fortuna nachjagend. Hiervon folgte ein schüchternes Gesicht, welches sich als ein furchtbar schäbliches Wesen darstellte, dann eine gewaltig schwebende Gestalt, welche mittels einer Schuppe auf und abklappert wurde und des Stimmorgans für einen klackernden Rechenkopf angesehen werden konnte. Andere solche unheimliche Aufstellungen auf den Scheiterhaufen folgten noch, und zu Hause aller dieser Gebilde sah auf den geräumigen, je von vier Herden gezogenen Schlitzen die Schwäbler Gesellschaft in buntester Tracht, mit lautem Gelächter und Gesang.

Als beide Jüge gleichzeitig auf dem Ruck vor dem Taghauze aufstiegen, gab es demnach einen geräuschvollen Aufruf mit ein großer Gedänge von Menschen und Pferden. Die Herrschaften von Goldbach waren überzogen und erhebt über die obenenerliche Begrüßung: die Schwäbler heggen keinen sich norzert gemäßig und freundschäftlich behenden. Ihr vorderster Schlitzen mit der Fortuna trug die Fahnen: „Gente wecker Kleider“ und so ergab es sich denn, daß die ganze Gesellschaft lauter Schmeichlerleute von edlen Ansinnen und aus allen Zeitaltern bestand. Es war gewissermaßen ein bürgerlich-epigraphtischer Schmeichlergang, welcher mit der unheimlichen und unheimlichen Jüngling abging: „Kleider machen Leute!“ In dem letzten Schlitzen mit dieser Heberheit fuhr nämlich, als das Wort der vorausgehenden Heberheiten und unheimlichen Heberheiten abging, der vornehmliche Kaiser und Könige, Reichsherrn und Gutsbesitzer, Pächter und Güterbesitzer in bester Gewand.

Diese Schwäblertracht war gewandt am dem Witzwort zu werden und ließ die Goldbacher Herren zu Dummheit das Vortanz an dem Gehe, behenden das Herz hegen, um nachher die unheimliche Kreise bestehen, welche sie so leicht waren, zu hegen, während jene die letzte Truppe erpor nach dem großen Heberhaufen gingen. Die Gesellschaft des Herrn Gecken fand dies hegen, während jene die unheimliche Tracht an dem Witzwort zu werden und ließ die Goldbacher Herren zu Dummheit das Vortanz an dem Gehe, behenden das Herz hegen, um nachher die unheimliche Kreise bestehen, welche sie so leicht waren, zu hegen, während jene die letzte Truppe erpor nach dem großen Heberhaufen gingen.

befand, nannte laut, daß dieser es hören konnte, eine ganz andere Ortschaft als den Ursprungsort des Witzwortes.

Was sahen beide Gesellschaften, jegliche auf ihrem Stadtwerte, an den gebundenen Tafeln und haben sich trüblichen Geschehen und Scherzreden hin, in Erwartung weiterer Freuden.

Die Kündigten sich denn auch für die Goldbacher an, als sie paarweise in den Tanzal hinüberstritten und dort die Musikler schon ihre Weigen stimmten. Wie nun aber alles im Kreise stand und sich zum Reigen ordnen wollte, erschien eine Gestalt, welche das freundschaftliche Geläch und Anzeichen vortrug, den Herren und Frauen von Goldbach einen Besah abhalten zu dürfen und ihnen zum Ergößen einen Schautanz aufzuführen. Dieses Anerbieten konnte nicht wohl zurückgewiesen werden; auch verzog man sich von den lustigen Selbweilern einen tüchtigen Spaß und setzte sich daher nach der Anordnung der belagerten Gesellschaft in einem großen Halbring, in dessen Mitte Strapiast und Reithen glänzten gleich fürstlichen Sternern.

Nun traten allmählich jene belagerten Schmeichlergruppen nach einander ein. Jede führte in zierlichem Gebärdenpiel den Satz „Gente machen Kleider“ und dessen Umkehrung durch, indem sie erst mit Empfinden irgendein statisches Kleidungsstück, einen Hülsenmantel, Priestertalar u. dergl. anaufertigen schen und so dann eine dürftige Person damit bekleidete, welche, ursprünglich ungewandelt, sich in höchstem Ansehen aufrichtete und nach dem Takte der Musik feierlich einparierte. Auch die Tierfabel wurde in diesem Sinne in Szene gesetzt, da eine gewaltige Krähe erschien, die sich mit Pfauenfedern schmückte und quackend umherbewegte, ein Wolf, der sich einen Schatzpelz zurechtgeschmeiderte, schließlich ein Hesel, der eine furchtbare Löwenhaut von Bergzweig und sich verzog damit drapierte wie mit einem Carbonatmantel.

Alle, die so erschienen, traten nach vollbrachter Darbietung zurück und machten allmählich so den Halbring der Goldbacher zu einem weiten Ring von Zuschauern, dessen innerer Raum allmählich leer ward. In diesem Augenblicke ging die Musik in eine wehmütige ernste Reize über und zugleich bestritt eine letzte Erörterung den Kreis, dessen Augen sämtlich auf sie gerichtet waren. Es war ein jüngerer junger Mann in buntem Mantel, dessen lichten Haaren und mit einer polnischen Mütze; es war niemand anders als der Graf Strapiast, wie er an jenem Abendtag auf der Straße gewandert und den verhängnisvollen Wagen bestiegen hatte.



Vorantragung einer roten Fahne mit Falkenkreuz gegen das Berliner Diktat...

Herr v. Graefe (Dnt.): Bayern widersteht sich der Lieferung der Waffen...

Herr Dr. Heim (Bayr. Vpt.): Es ist nicht wahr, daß sich die Regierung in der Gefangenhaft befindet...

Herr Gruber (Soz.): Das Einverständnis zwischen bayerischer Regierung und Reichsregierung...

Geist liegen sie es dabei auch nicht fehlen und wenn die Wähler sich fahrlässig zeigten...

Auch einen neuen Eid, um die Stimmen der Landarbeiter zu zersplittern...

Die Unabhängigen sind diesmal schlafen gegangen und auch die Demokraten haben Haare lassen müssen...

Das Gesamtergebnis sieht folgendermaßen aus:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.)

1. Krawitz Richard, Schuhmacher, Neumarkt, 2. Papesch Paul, Bäckermeister...

Deutsche Demokratische Partei. 1. Kerlich, Paul, Bürgermeister, Neumarkt.

Deutsche Volkspartei. 1. Winkler, Konrad, Kaufmann und Maschinenfabrikant, Neumarkt...

nom 26. d. Mis. in welchem Sie trotz der ankündenden Briefe für sämtliche Artikel...

Durch Einzelverhandlungen mit der Firma C. A. Conrad-Freiburg...

Das schlug natürlich dem Jag den Boden aus und die anwesenden Organisationsvertreter...

Freiburg seit Dezember 1920 täglich 70 Tonnen, bei 60 Arbeitern.

Gräblich seit Oktober 1920 täglich 40 Tonnen, bei 30 Arbeitern...

Die Forderung von 30 Mark ab 1. März 1921 ist also keinesfalls ungerechtfertigt...

Breslau (Sond) Neumarkt. Nach der Wahl im Kreise Neumarkt. Als die Reichsliste war geschlagen...

Aus der Provinz Schlessien. Der Lohnkampf der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Am 26. Januar d. Js. reichte der Verband...

Bereinstellender. Steiniger, Hammer und Hilfsarbeiter. Donnerstag, den 3. März, Versammlung...

Odeon-Kino. Taschenstraße 20 an der Liebigstraße. Nur bis Donnerstag! Der Tod des Anderen...

PALAST Theater. Die größte Kriminal-Sensation: Der Vergiftungstod des Thronfolgers...

Fledermaus. Luftspiel. Oberauer Stadtgraben 21. Spielplan von Freitag, den 25. Februar...

Jupiter Licht etc. Westendstr. 50/52. Die große neue Artisten-Sensation Hanni Weisse...

Kaufen Sie DIXIN von Henkel. bestes Seifenpulver. Preis Mk. 2.25 das Pckel.

Hohe Belohnung! Deutscher Schäferhund dressiert, 9 Monate alt, Stammmark 7571...

Arztlich empfohlen! DENTINOX Zahnungsmittel für Kinder. Verhütet die Schmerzen...

Bruchkranke können ohne Operation und Bewusstseinsverlust werden. Dr. med. Knopf...

Raucher finden ständige Zigaretten zu 40 Pfeifchen im G161. Raucher 1921...

Arbeitsmarkt. Einige tüchtige Vorarbeiter für Tischlerarbeiten...

Spantenschmied. Ein tüchtiger Schmied sucht Beschäftigung...

Achtung! Minder! Hausierer! Jung- und Mannschützen, Kleinkaliber, stark, feste Ware...

Erfinder. Die Erfindung eines neuen Mittels zur Bekämpfung der Mücken...

Zu kaufen gef.: Alt-Metalle. Zum Verkauf: Schwarzen Holzwerkzeug...







Kreis Oels.

Oels, 1. März.

Landmannschaftliche Zusammenkunft der heimattreuen Oberschlesier in Oels am Sonntag, den 27. Februar.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Bezirksgruppe Oels, sowie der Deutsche Schuhbund hatte die Heimattreuen der zweiten und dritten Jahrgangsstufe zu einer landmannschaftlichen Zusammenkunft eingeladen.

Die sehr zahlreich erschienenen Heimattreuen wurden vom Bahnhof mit Musik abgeholt und unter Vorantritt der Kapelle des Dragonerregiments 8 in die Stadt geleitet. Nach dem Eintreffen auf dem Ring begrüßte Justizrat Landsberger im Namen der Stadt Oels die erschienenen Heimattreuen, worauf Dr. Leopold Müller das Wort an seine oberste Reichs- oder Landesbehörde die Zustimmung verweigern, so entscheidet bei Gebäuden, die zur Verfügung des Reiches stehen, die Reichsregierung, im übrigen die Landesregierung.

Die Bestimmung des Absatz 1 gilt in den Fällen der §§ 1 und 2 entsprechend. § 6. Bei der Beschlagnahme ist auf den Beruf, die Familien- und die persönlichen Verhältnisse des Inhabers der Räume möglichst Rücksicht zu nehmen. Den Tag, von dem ab die Räume als beschlagnehmbar gelten, hat das Wohnungsamt dem Verfügungsberechtigten mitzuteilen.

Volkschule Oels.

Am Dienstag fallen die Vorträge des Studienrats Gerhard aus.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder.

Die Eltern, Erzieher usw. der am 1. April 1921 schulpflichtig werdenden Kinder werden hierdurch ersucht, die Anmeldung vom 1. bis einschließlich 8. März 1921 während der Amtsstunden in unserm Geschäftszimmer Nr. 11 zu bewirken.

Auf die an der Anschlagtafel am Rathaus angebrachte Bekanntmachung wird besonders hingewiesen.

Berordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Auf Grund der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1143) in der Fassung des Gesetzes vom 11. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 949) wird mit der namens des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt erteilten Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Breslau für das Gebiet der Stadt Oels in Schl. folgendes angeordnet:

Schaffung des verfügbaren Wohnraumes.

§ 1. Es ist unterlagt, ohne vorhergehende Zustimmung des städtischen Wohnungsamtes

- a) Gebäude oder Teile von Gebäuden abzubauen,
b) Räume, die bis 1. Oktober 1914 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabriklager, Werkstätten, Dienst- oder Geschäftsräume zu verwenden,
c) mehrere Wohnungen zu einer zu vereinigten oder Wohnräume in Geschäftsräume zu verwandeln.

Anzeige und Auskündigung.

§ 2. Der Verfügungsberechtigte hat:

- a) innerhalb drei Tagen des städtischen Wohnungsamtes Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst-, Bureau-, Geschäftsräume, Läden oder sonstige Räume unbewohnt sind,
b) auf Verlangen des städtischen Wohnungsamtes jederzeit über die Zahl, Lage und Größe der Räume einer Wohnung, sowie die Anzahl der Personen des Haushalts Meldung zu erstatten,
c) den Beauftragten des städtischen Wohnungsamtes über Wohnungen und Räume, sowie über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und die Befähigung zu gestatten.

Als unbewohnt gelten Wohnungen und Räume, wenn sie vollkommen leer stehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufklärung ohne erhebliche Härte zugemutet werden kann.

§ 3. Bei Doppelwohnungen.

Jeder, der außer der an dem Stadtbezirk Oels gelegenen Wohnung noch eine andere oder mehrere andere Wohnungen besitzt, hat dem städtischen Wohnungsamt Anzeige zu erstatten und dabei anzugeben, welche Wohnung als seine Hauptwohnung angesehen werden soll. Die gleiche Verpflichtung ist für Mitglieder eines gemeinsamen Haushaltes angeordnet, die außer der mit den übrigen Haushaltsangehörigen gemeinsam bewohnten Wohnung noch eine eigene Wohnung in Oels haben. Wird in der Anzeige keine Wohnung als Hauptwohnung bezeichnet, oder wird die Anzeige unterlassen, so ist das Wohnungsamt berechtigt, zu bestimmen, welche Wohnung als Hauptwohnung angesehen ist. Liegen die mehreren Wohnungen in den Bezirken verschiedener Gemeinden und hat jede Gemeinde die in einem anderen Bezirk liegende Wohnung als Hauptwohnung bezeichnet, so steht dem Verfügungsberechtigten innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung der letzten Entscheidung die Beschwerde an die oberste Landesbehörde oder eine von ihr zu bestimmende Stelle zu. Im Falle daß die Wohnungen im Bezirke verschiedener Länder liegen ist die Beschwerde an den Reichsarbeitsminister zu richten.

Beschlagnahme von Räumen.

§ 4. Zur Unterbringung wohnungssuchender Personen kann das städtische Wohnungsamt beschlagnehmen:

- a) unbewohnte Wohnungen oder andere unbewohnte Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind,
b) Wohnungen, die nach § 3 nicht als Hauptwohnung angesehen sind, auch wenn die Anordnung zur Anzeige von einer anderen Gemeinde ergangen ist,
c) unbewohnte oder bewohnte Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst-, Geschäftsräume, Läden oder sonstige Räume, sowie Besträume in Hotels, Seebädern, Fremdenheimen (Personen) usw. dergleichen,
d) bewohnte Räume oder Nebenräume solcher Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner als übergröße angesehen sind.

beschlagnehmbar werden, wenn dadurch mittelbar Räume zu Wohnzwecken frei werden.

§ 5. Öffentliche in dem Eigentum oder der Verwaltung des Reichs oder eines Landes oder in dem Eigentum oder in der Verwaltung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts bestehende oder religiösen oder anerkannt gemeinnützigen oder anerkannt mildtätigen Zwecken dienende Gebäude dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen obersten Reichs- oder Landesbehörde in Anspruch genommen werden. Will die zuständige oberste Reichs- oder Landesbehörde die Zustimmung verweigern, so entscheidet bei Gebäuden, die zur Verfügung des Reiches stehen, die Reichsregierung, im übrigen die Landesregierung.

Die Bestimmung des Absatz 1 gilt in den Fällen der §§ 1 und 2 entsprechend. § 6. Bei der Beschlagnahme ist auf den Beruf, die Familien- und die persönlichen Verhältnisse des Inhabers der Räume möglichst Rücksicht zu nehmen. Den Tag, von dem ab die Räume als beschlagnehmbar gelten, hat das Wohnungsamt dem Verfügungsberechtigten mitzuteilen.

Wirkung der Beschlagnahme.

§ 7. Mit der Beschlagnahme verliert der Verfügungsberechtigte die Befugnis, über die Räume zu verfügen, insbesondere sie einem anderen als dem ihm von dem Wohnungsamt zugewiesenen Wohnungssuchenden zu vermieten oder zu überlassen oder bauliche Veränderungen an ihnen vorzunehmen.

Die Beschlagnahme bleibt auch bei einem Wechsel der Person des Verfügungsberechtigten wirksam.

Räumungspflicht.

§ 8. Die Inhaber beschlagnehmter Räume sind innerhalb einer angemessenen von dem Wohnungsamt zu bestimmenden Frist zur Räumung verpflichtet.

Bauliche Veränderungen.

§ 9. Das Wohnungsamt ist berechtigt, in den beschlaggenommenen Räumen auf eigene Kosten bauliche Veränderungen durchzuführen, soweit diese erforderlich sind, um die Räume für den mit der Beschlagnahme verfolgten Zweck instand zu setzen. Dem Verfügungsberechtigten und Eigentümer sind von der beabsichtigten Veränderung Mitteilung zu machen.

Vor der Vornahme baulicher Veränderungen an Gebäuden der im § 5 genannten Art hat das Wohnungsamt die Zustimmung der zuständigen obersten Reichs- oder Landesbehörde einzuholen. (Schluß folgt.)

Sport.

Am vergangenen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, fand das Propaganda-Fußballspiel zum Besten der Abstinenz in Oberschlesien auf dem Augenspielfeld Oels statt. Während des Spiels wurde von Mitgliedern der S. S. C. gesammelt. S. S. C. 1 - Oels hatte einen harten Stand und war technisch dem B. f. R. 1 - Königshütte unterlegen.

Trotz der Ueberlegenheit des B. f. R. 1 - Königshütte endete das Spiel mit einem Resultat 2:2.

Kreis Groß-Wartenberg.

Groß-Wartenberg, 1. März.

Preisrentung.

Ein noch in den Anfängen stehendes Unternehmen hat es verstanden, Waren der Bevölkerung zugänglich zu machen, die teilweise von einer über 50prozentigen Preisermäßigung zeugen. Es war fast allen Wartenbergern bekannt, daß die Preise in Breslau teilweise noch billiger als in Wartenberg waren, obgleich wir hier auf einer ganz anderen Teuerungstufe stehen. Ein wesentlicher Unterschied ist es immerhin, wenn Salzheringe mit 50 Pfg. das Stück die minderbemittelte Bevölkerung kaufen kann. Bisher war der Preis in den einzelnen Geschäften 1,25 Mk. je Stück und wurde jetzt bei dem Auftreten der Konkurrenz auf 60 Pfg. herabgesetzt. So wird es auch nach und nach mit den anderen Waren gehen.

Neuer Bürgermeister in Feistenberg.

Zum Bürgermeister wurde mit 10 von 18 Stimmen Dr. jur. Heinrich aus Bernstadt gewählt. 8 Stimmen fielen auf den früheren Bürgermeister der Stadt Kempen, Wischanowski.

Brennstoff-Höchstpreise für Feistenberg.

Unter Zustimmung des Herrn Landrats in Groß-Wartenberg werden mit sofortiger Wirkung für den Bezirk der Stadt Feistenberg folgende Brennstoff-Höchstpreise festgesetzt:

- 1. Hausbrandkohle jeder Art (mit Ausnahme von Braunkohle)
a) ab Bahnhof je Zentner 15,50 Mark
b) ab Lager des Händlers je Zentner 16,80 "
2. Braunkohlenbriketts:
a) ab Bahnhof je Zentner 14,50 "
b) ab Lager des Händlers je Zentner 15,80 "

Für Anfuhr der Kohle und Briketts vom Bahnhof darf eine Preisförderung, 60 Pfg. je Zentner, nicht überschritten werden. Die von unseren Bekanntmachungen vom 8. Juni und 27. September 1920 veröffentlichten Höchstpreise werden hiermit aufgehoben.

Einreichung der rosa Lebensmittelmarken im Kreise Groß-Wartenberg.

In Kürze sollen auf die rosa Lebensmittelmarken Nr. 26 Preisgrößen für welchen der Verkaufspreis nur 2,60 Mark ist und Haterlöden in Beuteln zur Verteilung kommen.

Die Marken sind baldigst bei den Kaufleuten und Händlern abzugeben und von diesen bis zum 5. März 1921 an Herrn Kaufmann Paul Hantz, hier, einzureichen.

Kontrolle der Quittungskarten, Lohn- und Krankentafelbücher Groß-Wartenbergs.

Herr Kontrollinspektor Fädel aus Oels wird vom 1. bis 4. März d. Jz. eine Kontrolle der Beitragsentrichtungen zur Gesundheitsversicherung vornehmen. Baldige Ordnung der Beitragsentrichtungen und Bereinigung der zu prüfenden Quittungskarten, Lohn- und Krankentafelbücher beim Arbeitgeber wird zur Vermeidung von Bestrafung empfohlen.

Kreis Namslau.

Namslau, 1. März.

Ämtliche Nachrichten aus dem Kreise Namslau.

Raul- und Klauenfleisch.

Unter dem Raulviehbestande des Borswerks Dammershammer ist die Raul- und Klauenfleisch amtlich festgesetzt worden.

Das Geschäft des Besitzers gilt als veräußertes Geschäft. Das Borswerk und die Kolonie Dammershammer gelten als Sperrbezirk.

Die Kolonie Dammers-Wolg gilt als Beobachtungsgebiet. Hierfür und im übrigen gelten die Anordnungen vom 22. August 1910 - Namslauer Amtsblatt S. 243 -

Schweinemarkt in Namslau.

Die wegen der Raul- und Klauenfleisch aufgehobenen Schweinemärkte in Namslau finden in Zukunft wieder statt.

Zusammenlegung der Ortskrankenkassen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Namslau (ausschließlich Stadt Namslau) gibt bekannt: Die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Namslau (ausschließlich Stadt Namslau) wird am 1. März d. Jz. mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Namslau vereinigt. Letztere führt fortan den Namen „Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Namslau“ und umfaßt Stadt und Kreis Namslau. Fortreibungen an unsere Kasse, soweit sie sich auf die Monate Januar und Februar 1921 beziehen, ersuchen wir alsbald anzumelden.

Verorgungsamt Oelg.

Das Versorgungsamt war infolge Umzuges von der Kaserne in den Ullsbau des bisherigen Garnisonlazarettes Donnerstag, den 24., Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. Februar geschlossen. Alle Versorgung suchenden Personen haben vom 28. Februar ab ihre Anliegen dort, Eingang von der Promenade, nicht Bismarckstraße, in der Zeit von 9-1 Uhr täglich vorzubringen.

Wahl zur Landwirtschaftskammer.

Nach § 8 der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammern vom 6. Januar 1921 (Gef. S. 44) sind die Wählerlisten vom 21. bis 14 Tage vor dem Wahltag auszulegen. Die Wahlen waren auf den 27. Februar cr. anberaumt. Die Wählerlisten haben infolgedessen vom 6. bis 13. Februar d. Jz. ausgelegen.

Nachdem die Wahlen vom 27. Februar auf den 20. März cr. verlegt worden sind, hat der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten genehmigt, daß überall da, wo eine vorchriftsmäßige Auslegung der Wählerlisten bereits stattgefunden hat, von einer nochmaligen Auslegung abgesehen werden soll und daß in diesem Sinne für die bevorstehende Wahl ausnahmsweise abweichend vom § 8 der Wahlordnung Verfahren nach, mit der Maßgabe, daß Einsprüche gegen die Wählerlisten nach innerhalt der sich aus § 8 ergebenden Frist, d. h. also bis zum 14. Tage vor dem Wahltag, zulässig sind.

Die vorchriftsmäßig abgeschlossenen Wählerlisten (§ 1 der Wahlordnung) sind bestimmt bis zum 14. März 1921 den Wählern vorzulegen.

Der Landrat des Kreises Namslau gibt zu vorstehendem Wahl noch nachstehendes bekannt:

Während bemerkt ist, daß das Abstimmungsgebiet des Kreises Namslau nicht mitwählt.

Ich wiederhole, daß Wahlvorschlüge mir noch bis zum 5. März cr. eingereicht werden können. Wegen der Aufstellung von Wahlvorschlügen verweise ich auf die Kreisblattbekanntmachung vom 29. Januar cr. (Kreisblatt S. 41)

Die Wahlhandlung ist öffentlich. Sie beginnt am 20. März d. Jz. vormittags 9 Uhr. Die Abstimmung dauert bis 6 Uhr nachmittags. Sie kann schon vorher geschlossen werden, sobald sämtliche in der Wählerliste aufgeführten Personen ihre Stimme abgegeben haben (§ 24 a. a. O.)

Den Magistrat hier, sowie die Guts- und Gemeindevorstände ersuche ich, den Wahltermin öffentlich bekannt zu geben.

Die zu Wahlvorstehern und Stellvertretern ernannten Herren ersuche ich, dieses Amt gefälligst zu übernehmen, im nachweisbaren Behinderungsfalle mir aber sofort Nachricht zu geben. Etwaige Personalunrichtigkeiten oder Veränderungen ersuche ich gleichfalls sofort anzuzeigen.

Die Vorbrude zu den Wahlleiterbüchern, sowie Stimmlisten, die gleichfalls als Gegenstimmlisten zu verwenden sind, werden den Herren Wahlvorstehern rechtzeitig zugehen.

Die Herren Wahlvorsteher werden ersucht, sich über die zu beachtenden Vorschriften des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (G. S. 126) vom 18. Dezember 1920 (Gef. S. 44) und der Wahlordnung vom 6. Januar 1921 (Gef. S. 44 ff.) zu unterrichten.

Dem Magistrat hier, sowie den Guts- und Gemeindevorständen liegt ob, die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung der Wahlvorsteher und Wahlvorsteherstellvertreter, den Wahlraum sowie Tag und Stunde der Wahl spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag in ortsbüchlicher Weise bekannt zu geben (§ 1 Ziffer 2 der Wahlordnung).

Kreis Militsch.

Militsch, 1. März.

Ämtliche Mitteilungen des Landratsamtes.

Raul- und Klauenfleisch.

Unter dem Rindviehbestande des Landwirts Münch in Sulau und Hapsch in Laustowe ist die Raul- und Klauenfleisch amtlich festgesetzt. Die betreffenden Geschäfte und somit der Kreis Militsch sind leuchtend. Die angeordneten Schuhmaßregeln werden daher wieder aufgehoben.

Erlaubene Mähe.

Die Mähe unter den Pferden des Dominiums Schmitzgröb ist erlaubt. Die Schuhmaßregeln werden hiermit aufgehoben.

Beratungsgesellen für werdende Mütter und Wöchnerinnen.

Der zukt. Arzt, Herr Dr. Senfleben in Freyha, hat sich bereit erklärt, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jedes Monats vormittags von 10-11 Uhr unentgeltlich Beratungsgesellen für werdende Mütter und Wöchnerinnen abzuhalten. In den Sprechstunden wird Rat und Auskunft an die Hilfsbedürftigen erteilt und auf die zur Abstellung der Not geeigneten Einrichtungen verwiesen werden. In diesen Beratungen wird auch eine Berücksichtigung des Vaterländischen Frauenvereins angestrebt.

Die in Frage kommenden Ortsbehörden ersuche ich, diese Bekanntmachung in ihren Bezirken wiederholt zur Kenntnis der Beteiligten bringen zu lassen.

Einreichung von Lohn- und Gehaltszetteln zum Zweck der Bereinigung der Einkommenssteuer.

Nach § 1 der Verordnung über die Einreichung von Lohnzetteln zum Zweck der Bereinigung der Einkommenssteuer ist jeder der Personen gegen Gehalt, Lohn oder sonstigen Entgelt, als gelanfene Kalenderjahre länger als 2 Monate beschäftigt, hat verpflichtet, auf öffentliche Aufforderung dem Finanzamt innerhalb der von diesem bestimmten Frist, Namen, Stellung und Wohnung, sowie das von ihm herrührende Einkommen diesen Personen durch Lohn- und Gehaltszettel mitzuteilen. In diesen ist zugleich anzugeben, für welchen Zeitraum das Einkommen bezogen wurde.

Die gleiche Verpflichtung besteht auch für die Vertretung juristischer Personen und von Vereinen aller Art, sowie für die Vorstände aller Stellen, Behörden und Ämtern des öffentlichen Dienstes hinsichtlich des Berufs- oder Pensionsentkommens ihrer Beamten, Angestellten, Bediensteten, sowie der Empfänger von Gehaltszetteln, Renten- und Pensionszahlungen oder sonstigen Leistungen.



Die vorstehend bezeichneten Personen werden hiermit nachgefordert, für alle in Betracht kommenden Personen...

Bereinstalender.

Berein Arbeiterjugend des. Mittwoch, den 2. März, abends 7 Uhr, Versammlung im Vereinslokal...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. März.

Drei Rappverbrecher vor den Richtern.

Am Montag, erster Verhandlungstag. Die drei Angeklagten Max Walter, Wilhelm Bistup, Martin Brestka...

Die erste Vormittags-Sitzung vergeht mit den Schilderungen der Angeklagten. Der Offizierskellner Max Walter, ein 44jähriger korpulenter Mann...

Die zweite Vormittags-Sitzung beginnt mit dem Verhör der Zeugen. Der erste Zeuge ist ein Handelsmann Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz...

Der zweite Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der dritte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der vierte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der fünfte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der sechste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der siebte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der achte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der neunte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der zehnte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der elfte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der zwölfte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der dreizehnte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der vierzehnte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der fünfzehnte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der sechzehnte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der siebzehnte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der achtzehnte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der neunzehnte Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der zwanzigste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der einundzwanzigste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der zweiundzwanzigste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der dreiundzwanzigste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der vierundzwanzigste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der fünfundzwanzigste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der sechsundzwanzigste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Der siebenundzwanzigste Zeuge ist ein Handwerker Brandt aus der Nähe von Pöhlwitz. Er wurde am 18. März festgenommen...

Das die Werte in erheblicher Arbeit das Ihre zum Wiederaufbau des zerstörten Vaterlandes leisten werden. Die Firma hat sich bezüglich des Lokomotiv- und Waggonbaues...

Stodung in der Zulassung von Auslandsgebern.

Der Deutschen Wohlfahrtsorganisationen, voran dem Deutschen Roten Kreuz in Berlin-Charlottenburg, war es gelungen, mit ausländischen Wohltätigern, namentlich Amerikanern...

Leider ist aus unbekanntem Grunde in letzter Zeit eine Stodung in der Zulassung der Gaben eingetreten. Die zuständigen Stellen bemühen sich zwar eifrig, die Zulassung wieder in Fluss zu bringen...

Versammlung der Versicherungsangehörigen.

Der Zentralverband der Angestellten wird am nächsten Freitag in der Versammlung der Versicherungsangehörigen in einer feierlichen Versammlung der Versicherungsangehörigen...

Es soll jenen Leuten hiermit an dieser Stelle ein für allemal gesagt sein, daß dieses Verbot für alle Versammlungen gütlich gegenüber rückwärts gelassen werden soll...

Deutscher Bauarbeiterverband.

Am Freitag fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung statt, welche sich mit der Wahl der Ortsverwaltung beschäftigte. Zur Anwesenheit des ersten Vorsitzenden wurde Herr Kollege Rother aus Gesundheitsrücksichten dankte...

In der weiteren Ansprache ließ ein Antrag ein, dahingehend, daß der Verein Breslau gegen den Ausschluß der Kollegen Bachmann, Hedert und Brandler protestiert. Der Antrag konnte wegen mangelnder Zeit und weil eine Reihe von Rednern nicht mehr hätte zu Worte kommen können, nicht erledigt werden...

Deutscher Textilarbeiterverband.

In der Branchenversammlung der Kleiderfabriker und des Textilarbeiterverbandes wurde der Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen vom 24. Februar mit dem Arbeitgeberverband über die Erneuerung des Tarifvertrages...

Der in der Kapphändler- und Wäscheherren-Beschäftigten Arbeitervereine wird die Stundensätze von 10 auf 15 Pfg. erhöht. Der männlichen Wäscheherren wird ebenfalls die Stundensätze von 10 auf 15 Pfg. erhöht.

Nachdem seitens der Lohnkommission und der Berufsvereine die Annahme ergebnislos war, ergab die Abstimmung eine Mehrheit für Annahme des Tarifvertrages. In der Diskussion wurde über die Höhe der Gehälter diskutiert...

Es wurde erneut beschlossen, die Differenz zwischen den Gehältern der Kleiderfabriker und der Wäscheherren zu unterbreiten, welche die Lohnkommission der Arbeitervereine nach dem 1. 3. 1921 hinsichtlich nicht einsehlich. Bekannt man von der Branche angesehene Preise mit die übrigen textilen Firmen...

Wahltag, Eltern und Bekannte!

Der Verband der Typsetzer wird am nächsten Freitag in der Versammlung der Typsetzer in einer feierlichen Versammlung der Typsetzer...

von Jahren bedeckt ist. Außerdem stellt das Handwerk an die Gesundheit der Lehrlinge Anforderungen, welche die meisten durch Unterernährung nicht gewöhnen sind.

Bei schwerer körperlicher Arbeit mit ungeheurer Stauentwicklung bekommen diese den ersten Keim der Profitarbeiter-Krankheit, und werden später in den besten Jahren die Opfer ihres Berufes. Wenn man bedenkt, daß sich das Kostgeld der Lehrlinge und das Lohn der Gehilfen in recht bescheidenen Grenzen bewegt, daß ferner der Lehrling außer der Verpflegung noch eigenes Verzeihen besitzen muß, so kann man dessen und Vorwürfen nur zittern, wie weit der Abstand zu nehmen, Lehrlinge in den Beruf unterzubringen.

Wahlen zum Kaufmannsgericht.

Zu den Wahlen der Besitzer des Kaufmannsgerichts ist aus dem Kreise der Kaufleute nur eine Vorzugsliste eingegangen. Es bedarf daher nach dem Breslauer Ortsstatut hier weiterer Wahlhandlung. Aus dem Kreise der Handlungsgeliebten liegen drei Vorzugslisten vor. Diese sowohl, wie auch die Liste der Kaufleute sind in Nummer 9 des Breslauer Gemeindeblatts veröffentlicht.

Neue Richtpreise für Nahrungsmittel.

Die Preise für Nahrungsmittel haben gegenüber den im April 1920 festgestellten wesentlich erhöht werden müssen, da in erster Linie die Rohstoffpreise, dann aber auch die Frachtpreise, Löhne und Gehälter, das Verpackungsmaterial usw. erhebliche Steigerungen erfahren haben. Um die Einhaltung angemessener Preise zu sichern, sind die Hersteller und Händler verpflichtet worden, nicht zu höheren als den von den Aufsichtsbehörden genehmigten Preisen abzuweichen.

Für den Verkauf von Hafer- und Gerstenerzeugnissen im Kleinhandel gelten folgende Richtpreise für 1 Pfd.: Haferfloren 10,85 Mark, Rinderhaferfloren in 4-Mark-Paketen 5,55 Mark, in 2-Mark-Paketen 5,40 Mark, Rinderhafermehl in 4-Mark-Paketen 5,75 Mark, Rinderhafermehl 4,85 Mark, Grünfernmehl 4,90 Mark, Graupen 2,85-2,85 Mark, Grütze 2,75 Mark, Floren 2,85 Mark. Die Ueberschreitung dieser Preise ist nach Maßgabe der Preiswucherungsverordnung strafbar. Die Kosten für Umlagesteuer und Schwund sind in diesen Preisen schon enthalten. Ueberschreitungen sind beim Magistrat, Preisprüfungsstelle, zur Anzeige zu bringen.

Ein Abenteuer.

Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde in einer Verhandlung gegen den 34 Jahre alten Lehrer Wilhelm Simon eine wahre Räubergeschichte aufgerollt. Der Angeklagte ist ein schwächlicher Mensch, der in Münsterberg an einer Lehranstalt beschäftigt war. Da er nur ein Einkommen von 466 Mark monatlich hatte, sagte er einen abenteuerlichen Plan, um sich mehr Mittel zu verschaffen. Aus seinem Repertoire nahm er die Klavierspiellehre heraus, entzweite von diesen die Fingerringe und ließ dann wieder die Waage. Nun kam er nach Breslau, ging zu einem Friseur, dem er erzählte, er wolle zum Maskenball gehen. Der Friseur ließ ihm einen langen kastigen Bart an, schmückte ihn und gab ihm noch ein prächtiges Kostüm zum Anziehen des Maskenballbesuchers mit. Nachdem sich Simon noch ein Gesicht mit gelbem Pflaster bestrich und sich Maskenarten auf die Namen Freiberger v. Eichenberg, Fritz v. Platen und Wirtur von Hammerstein hatte anfertigen lassen, glaubte er für seine Fahrt genügend ausgerüstet zu sein. Er ging in ein Hotel und traf unter dem Breslauer Bankiers seine Wahl. Diese ließ auf den Bankier Alexander. Am Telefonhörer sagte er sich als v. Hammerstein vor und bat um eine dringende Unterredung wegen geschäftlicher Angelegenheiten. Alexander bat um seinen Besuch und als beide dann allein im Zimmer waren, zog Simon den Revolver aus der Tasche, legte ihn neben sich auf den Tisch und erklärte, daß das Telefongespräch nur ein Bluff gewesen sei. Er gehörte einer kommunikativen Vereinigung an, die bestrafe, den Kapitalismus zu bekämpfen und das Vermögen der reichen Leute kleiner zu machen. Wenn ihm sein Leben lieb sei, möge er eine größere Summe Geld bezahlen. Von der Angelegenheit dürfe er aber nichts sagen, insbesondere nicht der Polizei, da er dann großes Unheil anrichte.

Der Bankier ging auf ihn ein, bestellte ihn aber nach einigen Tagen, damit er sich die Angelegenheit überlegen könne. Simon kam auch richtig wieder und da er nicht solange warten wollte, bis Alexander zurückgekehrt sei, wurde er in dem Augenblick verhaftet, als er das Haus verließ. In seinem Besitz wurden verschiedene Schriften über Kommunismus gefunden. Es wurde ihm nun der Prozess wegen Verletzung der Nötigung gemacht.

Der als Sachverständiger vernommene Geh. Med.-Rat Prof. Löffler, der den Angeklagten beobachtet hat, bekundete, daß Simon die Tat in einem Aufwande begangen hat, der seine freie Willensbestimmung ausschloß. Infolge dieses Gutachtens mußte das Gericht den Angeklagten freisprechen und ihn sofort aus der Haft entlassen.

Von der Oberstaatsanwaltschaft. Der Wasserstand der Oder ist in der Berichtswache etwas zurückgegangen, jedoch immer noch gut. Trotz des Frostweters haben sich nennenswerte Eisstörungen nicht gezeigt. Das Ueberschlagsergebnis in den oberen Hufen war noch weit davon entfernt, zufriedenstellend zu sein. Es wurden insgesamt gegen 39 000 Tonnen Kohlen verfrachtet und 5 000 Tonnen Erz gefahren. Durch Breslau schwannten zu Berg 43 beladene, 224 leere, zu Tal 187 beladene Fahrzeuge. Das Stettiner Erzgeschäft liegt noch immer völlig darnieder. Hamburg ist mit Getreideverladungen nach der Oder beschäftigt.

Die Arbeit des städtischen Einigungsamtes. Bei dem städtischen Einigungsamt liegen während des November 1920 1309 neue Anträge ein, darunter 100 keine Einigungsanträge, und zwar 42 ausgehend von Mietern, 60 von Vermieterkräften, 1 von Amtswegen. Erledigt wurden 5 Fälle durch Vergleich, 102 auf andere Weise, insgesamt 107 Sachen. Außerdem wurden erledigt 148 weitere Anträge von Mietern, die auf Grund der Mieter-Schutzverordnung vom 23. September 1918 aufgenommen wurden, und zwar 9 durch Jurisdiktion des Amtes, 20 durch Vergleich, 42 durch Entscheidung und 77 auf andere Weise. Ferner befaßte sich das Einigungsamt mit 682 Anträgen von Mietern auf Grund der Mieter-Schutzverordnung vom 23. September 1918, der Verordnung des Regierungspräsidenten vom 31. Juli 1919 und der Verordnung des Wohlfahrtsministeriums vom 8. Dezember 1919, sowie endlich mit 90 Anträgen auf Grund der Wohlfahrtsverordnung vom 5. Dezember 1919.

Stadttheater. Heute abend 7 Uhr: „Carmen“. Den Don Jose singt erstmalig Adolf Bültgen. Morgen Mittwoch, abend 7 Uhr: „Die Zauberflöte“. Donnerstag, 7 Uhr: „Orpheus in der Unterwelt“.

25 Jahre Jüdischer Arbeiter. In der Nacht zum 11. 5. 1920 waren aus der Jüdischen Fabrik Kleindorf von Gindrehern 25 Jüdische Arbeiter befreit worden. Eine Bande von 5 Männern hatte den Gindrehern ausgeführt; es gelang in den letzten Tagen 2 der Gindrehern, 1 Zimmermann und einen Arbeiter, dingfest zu machen.

Unbekannte wässrige Wasserleiche. Aus der alten Oberstadt der Kirchenbrücke wurde am 26. d. Mts. vormittags 9 1/2 Uhr die Leiche eines unbekanntem etwa 50-60jährigen Mannes geborgen, die noch ganz frisch war. Der Enttarnung ist mittelmäßig gelungen und war nur mit schwarzer Hölle, schwarzem braun gestreifter Jacke und weißem K. A. gezeichnetem Hemd bekleidet. Es hat graugrünes Haar, Glase und turkisenfarbener Kollart. Die Leiche ist in das Schiffsamt verbracht worden. In der Leiche sind keine Besondere Kennzeichen zu erkennen. Die Leiche ist im Polizeipräsidium Schiffsbrücke 46, Zimmer 9, zu melden.

Brand. Der 15 Jahre alte Quarkbäcker Walter Zimmerer von Wobruner Straße 42 wird seit dem 19. d. Mts. vermisst. Der etwa 1,58 Meter große Bursche mit dunkelblonden Haaren, grauen Augen, trägt einen Sportmäntel, graue Jacke, graue Hosen mit roten Streifen und schwarze Stiefel. — Gestern